



Judith Skudelny

Mitglied des Deutschen Bundestages

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon 030 227 – 74728

Fax 030 227 – 76728

E-Mail: judith.skudelny@bundestag.de

Pressemitteilung

Skudelny: SPD verhindert Hartz-IV Reform aus parteitaktischen Gründen

Die SPD hat die Hartz-IV-Reform nach Ansicht der baden-württembergischen FDP-Bundestagsabgeordneten Judith Skudelny durch überzogene und vor allem sachfremde Forderungen verhindert. Die Reform war notwendig geworden, nachdem das Bundesverfassungsgericht die Berechnungsmethode der Regelsätze für Langzeitarbeitslose und Kinder aus der rot-grünen Regierungszeit für verfassungswidrig erklärt hatte.

"Ich kann es nicht fassen, dass die SPD so weitreichende Angebote der Regierung ausschlägt - nur um sich zu profilieren!"

Die schwarz-gelbe Koalition hat sich nach Überzeugung von Judith Skudelny in den Verhandlungen immer wieder kompromissbereit gezeigt. So wurde im Laufe der Verhandlungen das Bildungspaket für Kinder um mehr als 200 Millionen Euro aufgestockt. Die Organisation dieser Maßnahme wurde zudem in die Hände der Kommunen gelegt. Darüber hinaus hatte die schwarz-gelbe Koalition in den Verhandlungen vorgeschlagen, dass der Bund den Kommunen die Kosten für die Grundsicherung im Alter sukzessive abnimmt. Dies hätte die Kommunen in den nächsten 4 Jahren um 12,4 Mrd. Euro entlastet. „Gerade die SPD hat immer wieder auf die Finanzlage der Kommunen hingewiesen und jetzt schlägt sie solch ein Angebot aus“, empört sich Skudelny. „Ich frage mich, ob die Mitglieder der SPD im Bundesrat auch kommunale Mandatsträger sind? Diese würden so viel Geld bestimmt nicht so einfach ausgeschlagen!“

Für all das blieben SPD und Grüne eine schlüssige Begründung schuldig. Nach dem von SPD und Grünen vorgelegten Berechnungsmodell blieben den Hartz-IV-Empfängern am Ende 6 Euro mehr. „Deren Berechnungsmodell würde aber nach Ansicht der Regierung einer neuen Überprüfung des Verfassungsgerichts wieder nicht standhalten“, sagt Skudelny. Die Verknüpfung der Hartz IV-Reform mit der

Frage der Bezahlung von Leiharbeitern sowie der Festlegung eines Mindestlohns hält Skudelny für unredlich. „Aber selbst hier waren wir kompromissbereit und haben Mindestlöhne in drei Branchen akzeptiert. Die SPD hat aber auf diese Angebote stets mit neuen Forderungen im Bereich der Schulsozialarbeit reagiert“, so Skudelny. „Das Scheitern der Verhandlungen zeigt deutlich, dass die SPD nach ihrer Abwahl 2009 noch nicht in der Opposition angekommen ist und nun versucht, durch die Hintertür „Bundesrat“ Bundespolitik zu machen. Verbesserungsvorschläge im Vermittlungsausschuss sind ausdrücklich willkommen und wurden von uns auch übernommen. Eine sachfremde Verknüpfung mit andere Themen ist unredlich. Die SPD schadet damit nicht nur sich selbst, sondern vor allen den Hartz-Empfängern und den finanzschwachen Kommunen.“